

Europa

Europa im globalen Wettbewerb

Position

Stand: September 2025

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Europa muss eine selbstbewusste Rolle auf dem Weltmarkt einnehmen

In der Weltwirtschaft ist eine Kräfteverschiebung im Gange – weg von den klassischen Industriestaaten hin zu den Schwellenländern, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum. Diese Verschiebung geht einher mit einem zunehmenden Trend zu einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft mit einem US-dominierten Block auf der einen und einem chinesisch dominierten Block auf der anderen Seite. Die Rivalität zwischen China und den USA um die Vormachtstellung in der Weltwirtschaft bringt die Welthandelsordnung in Gefahr.

Die EU ist mit allen Regionen der Weltwirtschaft eng verflochten und künftig mehr denn je auf Freihandel und internationale Arbeitsteilung angewiesen. Deshalb muss sich Europa einem Decoupling und einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen. Gleichzeitig muss die EU einseitige Abhängigkeiten reduzieren, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen zur Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen setzt.

Europa muss als eigenständiger und stabilisierender Akteur auf dem Weltmarkt auftreten und sich für eine auf Freihandel basierende Welthandelsordnung einsetzen. Als starker Wirtschaftsstandort und intern gefestigte Gemeinschaft kann die EU diese Rolle selbstbewusst einnehmen.

Bertram Brossardt
05. September 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Der Wirtschaftsstandort EU	3
2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft	5
2.1 Außenhandel	5
2.2 Internationale Wertschöpfungsketten	5
3 Die Position der vbw	7
3.1 Europa muss weiter auf Freihandel und Globalisierung setzen	7
3.2 Europa muss sich weiter für eine regelbasierte und multilaterale Ordnung einsetzen	7
3.3 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren	8
3.4 Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken	9
3.5 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden	9
3.6 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken	10
Ansprechpartner / Impressum	12

Position auf einen Blick

Ein starker europäischer Wirtschaftsraum stabilisiert die Weltwirtschaft

Europa ist ein starker Wirtschaftsraum, hat aber in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Die Länder der EU sind nach wie vor bedeutende Industriestandorte, doch sie büßen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein – nicht nur gegenüber den dynamisch wachsenden Schwellenländern, sondern auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Die Integration im europäischen Binnenmarkt ist für die europäischen Volkswirtschaften von großer Bedeutung. Zusätzlich ist die EU auch mit den anderen Weltregionen eng vernetzt, wodurch Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa gesichert werden.

Die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse werden sich weiter verschieben. Europa wird allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den bisher wenig erschlossenen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen, um ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann die EU nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

Das heißt konkret:

- **Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen:** Freihandel und internationale Arbeitsteilung führen zu Wohlstand und Beschäftigung. Gerade Europa, das demografiebedingt Wachstumspotenzial verliert, ist auf einen freien Waren- und Dienstleistungshandel angewiesen.
- **Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark machen:** Die EU muss sich gemeinsam mit möglichst vielen Partnern weiter für ein verlässliches und faires multilaterales Handelssystem einsetzen. Da, wo unfaire Handelspraktiken den Wettbewerb auf dem EU-Binnenmarkt verzerren, kann die EU unilaterale Maßnahmen ergreifen, die verhältnismäßig und WTO-konform ausgestaltet sind.
- **Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren:** Die EU muss bilaterale Abkommen mit wichtigen Wirtschaftsräumen vorantreiben, um vom Freihandel zu profitieren und Abhängigkeiten durch Diversifizierung zu minimieren.
- **Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken:** Es ist im europäischen Interesse, sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Die EU muss der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken und als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren, auch um sich unabhängiger von den USA und von China zu machen.
- **Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden:** Nur eine geeinte und intern gefestigte EU kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten. Dazu muss der Binnenmarkt vertieft und weiterentwickelt werden.

[Position auf einen Blick](#)

- **Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Um weiterhin von der Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa einen wettbewerbsfähigen Standort, an dem Wertschöpfung, Investitionen und Innovationen möglich sind, vor allem im industriellen Bereich.

1 Der Wirtschaftsstandort EU

Ein starker Standort vor großen Herausforderungen

Europa ist ein bedeutender und wettbewerbsfähiger Standort. Allerdings bestehen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Wirtschaftsregionen. Zudem nimmt der Vorsprung gegenüber vielen Schwellenländern ab.

In der vbw Studie [Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich](#) werden die relevanten Volkswirtschaften der Welt jährlich hinsichtlich ihrer Standortqualität verglichen. Zwar befinden sich fünf EU-Staaten – Dänemark, Schweden, Irland, Finnland, Deutschland– sowie die Schweiz und Norwegen im *Niveauranking* unter den TOP 10. Allerdings erreichen die europäischen Industrieländer insgesamt einen niedrigeren Standortqualitätsindex als die außereuropäischen Industriestaaten. In der Gruppe der Schwellenländer schneiden die europäischen Volkswirtschaften etwas besser ab als die asiatischen.

Abbildung 1

Niveauranking der Standortqualität nach Regionen

LAND	PUNKTE	BEDEUTENSTE STÄRKEN
Industrieländer	115,8	
Europa	114,1	Staat, Infrastruktur
Andere	120,3	Staat, Ressourcen
Schwellenländer	84,9	
Europa	93,0	Kosten
Asien	88,0	Kosten
Andere	74,0	(Kosten)
Ø 45 Länder	100,0	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, (vbw, IW Consult; 2025)

Der europäische Wirtschaftsstandort verliert gleichzeitig an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt das *Dynamik-Ranking* der vbw Studie. In diesem weltweiten Vergleich

spiegelt sich wider, wie sich die industrielle Standortqualität über die letzten Jahre entwickelt hat. Die Schwellenländer schneiden wegen ihres niedrigeren Ausgangsniveaus erwartungsgemäß besser ab als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Allerdings erreichen die europäischen Schwellenländer einen spürbar geringeren Indexwert als die anderen Emerging Markets. Das bedeutet, dass die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften langsamer aufholen.

Abbildung 2

Dynamikranking der Standortqualität nach Regionen

LAND	PUNKTE	BEDEUTENSTE VERBESSERUNGEN
Industrieländer	94,4	
Europa	95,0	Ressourcen
Andere	92,7	Kosten
Schwellenländer	105,3	
Europa	96,8	Infrastruktur
Asien	119,7	Staat, Kosten
Andere	101,3	Kosten, Infrastruktur
Ø 45 Länder	100,0	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, (vbw, IW Consult; 2025)

2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft

Starker Binnenmarkt, der mit der Weltwirtschaft eng verflochten ist

Die Länder der EU sind intern stark verflochten, zugleich sind sie aber auch mit anderen Regionen der Weltwirtschaft eng vernetzt.

2.1 Außenhandel

Im Außenhandel der EU-Staaten spielt der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle. 2024 haben die EU-Länder Waren im Wert von über vier Billionen Euro in andere Mitgliedsstaaten exportiert. Das entspricht einem Anteil von fast zwei Dritteln an allen Exporten der EU-Staaten. Der europäische Export in die übrige Welt teilt sich darüber hinaus wie folgt auf: Ein knappes Viertel gingen in den amerikanisch-westlichen Raum, gut 15 Prozent in den asiatisch-afrikanischen Raum. Aufseiten der Importe stammen etwas weniger als ein Fünftel aus dem amerikanisch-westlichen und etwas mehr als ein Fünftel aus dem asiatisch-afrikanischen Raum.

Angesichts der großen Bedeutung der EU als Handelsraum sorgt der Waren- und Dienstleistungsaustausch innerhalb der EU für ein hohes Maß an Wertschöpfung und Beschäftigung. Gleichzeitig sichert jedoch auch der Außenhandel mit den anderen Partnern in nicht unerheblichem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Gemäß der vbw Studie [Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft](#) hängen allein in Deutschland geschätzt rund 7 Millionen Erwerbstätige an der Wertschöpfung, die in Länder außerhalb der EU ging.

2.2 Internationale Wertschöpfungsketten

Wie beim Außenhandel findet ein Großteil der europäischen Direktinvestitionstätigkeit innerhalb der EU statt. Mit 45 Prozent befindet sich fast die Hälfte der europäischen Direktinvestitionsbestände in anderen EU-Mitgliedsländern. Außereuropäisch spielen die USA die größte Rolle als Investitionsstandort. Auf sie entfallen 16 Prozent der europäischen Direktinvestitionsbestände, auf die anderen Länder aus dem amerikanisch-westlichen Raum weitere 30 Prozent. Der Anteil Chinas sowie der Länder des asiatisch-afrikanischen Raums liegt bei lediglich 9 Prozent.

Ein ähnliches Bild zeigt sich umgekehrt im Hinblick auf die ausländischen Direktinvestitionsbestände in der EU. Mit 47 Prozent stammt fast die Hälfte des ausländischen Direktinvestitionsbestands aus anderen EU-Staaten. Auf die USA entfallen 18 Prozent und auf die anderen Länder des amerikanisch-westlichen Raums weitere 27 Prozent. Direktinvestitionen aus China und den anderen Staaten des asiatisch-afrikanischen Raums spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Direktinvestitionen wirken sich auch auf grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten aus. Auf Basis von Patentanalysen zeigt sich, dass die grenzüberschreitende Forschung von Unternehmen aus der EU zu 40 Prozent innerhalb der Europäischen Union stattfindet. Als wichtigster Einzelmarkt folgen die Vereinigten Staaten. Ob dies so bleibt, wird davon abhängen, wie die Wissenschaft unter US-Präsident Trump weiter gefördert wird. China spielt als Forschungsstandort für europäische Unternehmen bislang eine untergeordnete Rolle.

Eine große Relevanz hat die internationale Arbeitsteilung für die EU bei der Rohstoffversorgung. Als rohstoffarme Region ist Europa auf Rohstofflieferungen aus anderen Weltregionen angewiesen. Von besonderer Bedeutung ist die Versorgung mit Energierohstoffen. Aber auch bei den sogenannten Kritischen Rohstoffen – das sind Rohstoffe, die schwer oder gar nicht zu ersetzen sind – ist die EU regelmäßig auf außereuropäische Lieferanten angewiesen. Beispielsweise stammen fast 60 Prozent des EU-weiten Bedarfs an Seltenen Erden aus Ländern außerhalb Europas.

3 Die Position der vbw

Als starker, selbstbewusster Wirtschaftsraum für freien Handel eintreten

In den kommenden Jahren werden sich die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zunehmend verschieben. Europa wird allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Die EU muss den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf neuen Märkten ergreifen. Dazu muss sie bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann sie nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

3.1 Europa muss weiter auf Freihandel und Globalisierung setzen

Es gibt keine Alternative zu Freihandel und internationaler Arbeitsteilung. Sie schaffen Wohlstand und Beschäftigung für alle beteiligten Staaten. Dies betrifft den Handel mit Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten. Globalisierung fördert Innovation, eröffnet Absatzchancen und sichert den Bezug von Rohstoffen.

Protektionismus und Handelskriege hingegen führen weltweit zu Wohlstandsverlusten. Die Abschottung einzelner Volkswirtschaften bis hin zu möglichen Blockbildungen – beispielsweise von China und dem asiatisch-afrikanischen Raum auf der einen Seite sowie den Vereinigten Staaten und dem amerikanisch-westlichen Raum auf der anderen Seite – würde die internationale Arbeitsteilung erheblich beeinträchtigen. Produktion, Einkommen und Beschäftigung würden auch in der EU deutlich sinken.

Die EU ist auf eine Wirtschaftsordnung angewiesen, die den ökonomischen Austausch weltweit möglich macht. Das gilt insbesondere für die nächsten Dekaden, wenn die europäischen Volkswirtschaften an Wachstumspotenzial einbüßen und die größten Marktpotenziale stattdessen in Asien und Nordamerika liegen werden. Wie sich die Wirtschaftsordnung in den kommenden Jahren entwickelt und welche wichtige Rolle dem Freihandel dazu zukommt, zeigt die aktuelle vbw Studie [Folgen einer neuen Welt\(wirtschafts\)ordnung für Deutschland und Bayern](#).

3.2 Europa muss sich weiter für eine regelbasierte und multilaterale Ordnung einsetzen

Eine regelbasierte Welthandelsordnung soll sicherstellen, dass im weltweiten Handel nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern gemeinsame multilaterale Handelsregeln gelten. Die

Gestaltung der internationalen Handelspolitik ist Aufgabe der WTO. Ziel ist es, den globalen Handel durch Absenkung von Zöllen und Reduktion nicht-tarifärer Hemmnisse zu liberalisieren und durch gemeinsame Vorschriften planungssicherer zu machen. Die WTO befindet sich jedoch in einer Krise: Die Verhandlungen über eine kontinuierliche multilaterale Liberalisierung des Welthandels bleiben seit Jahren ohne wesentliche Ergebnisse; das WTO-Regelwerk ist veraltet, an vielen Stellen unklar und häufig schwer durchsetzbar; der Streitschlichtungsmechanismus ist aufgrund der WTO-Blockade des Berufungsgremiums seit 2019 nicht funktionsfähig.

Gerade die europäische Wirtschaft ist infolge ihrer starken Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten auf verlässliche Regeln besonders angewiesen. Die EU muss deshalb weiterhin gemeinsam mit einer möglichst breiten Allianz von Partnern für eine Reform der WTO und eine Stärkung des regelbasierten Welthandels eintreten. Angesichts der Krise muss jedoch auch über Alternativen bzw. Brückenlösungen nachgedacht werden. Insofern ist es zu begrüßen, dass die EU aktiv nach Lösungen sucht und angekündigt hat Kooperationsgespräche mit dem Handelsbündnis CPTPP aufzunehmen. Wie die vbw Studie „Folgen einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung für Deutschland und Bayern“ zeigt, hat die EU durch dieses Vorgehen die Chance ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen selbst in die Hand zu nehmen und den Außenhandel zu stützen. Dazu gehört auch Entwicklungs- und Schwellenländer, die an Handel mit der EU interessiert sind, noch stärker einzubeziehen.

In Bezug auf eindeutig unfaire Handelspraktiken, die die Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt verzerren, muss die EU einstweilen auf unilaterale Maßnahmen setzen. Dies gilt auch, wenn europäischen Anbietern auf Auslandsmärkten kein gleichwertiger Zugang gewährt wird wie ausländischen Anbietern auf dem europäischen Markt. Solche Schutzmaßnahmen müssen verhältnismäßig und WTO-konform ausgestaltet sein, damit sie keine Vergeltungsspirale in Gang setzen, sondern den regelbasierten Handel stärken. Bevor Schutzmaßnahmen ergriffen werden, müssen alle bilateralen und multilateralen Verhandlungskanäle ausgeschöpft worden sein.

3.3 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren

Parallel zu einer Reform der multilateralen Handelsordnung muss die EU bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit bedeutenden und dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen vorantreiben. So kann Europa vom Freihandel profitieren und seine Absatz- und Beschaffungsmärkte breiter aufstellen. Auf diese Weise kann die EU die richtigen Rahmenbedingungen für das volkswirtschaftlich erstrebenswerte Ziel der Diversifizierung setzen, ohne in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen.

Um am dynamischen Wachstum in vielen Regionen der Welt partizipieren zu können, muss die EU weitere Abkommen schließen. Dabei gilt es vordringlich, verhandelte Abkommen zügig zu ratifizieren (z. B. mit Kanada, Mercosur, Mexiko), laufende Verhandlungen schneller abzuschließen (z. B. mit Indien, den Philippinen und seit Juni 2025 auch mit den

Vereinigten Arabischen Emiraten) oder wieder aufzunehmen (z.B. mit Australien). Daneben müssen weitere Länder, besonders die dynamisch wachsende ASEAN-Region, in den Blick genommen werden.

3.4 Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken

Die EU ist sowohl mit den USA als auch mit China wirtschaftlich eng verflochten. Das Handelsvolumen zwischen der EU und China hat eine ähnliche Größenordnung wie das europäisch-amerikanische Handelsvolumen. Mit den USA bestehen intensivere Verflechtungen unter anderem im Bereich der Direktinvestitionen oder der grenzüberschreitenden Forschung. Umgekehrt hat China für die EU eine überdurchschnittliche Bedeutung als Importquelle, insbesondere bei Kritischen Rohstoffen und in der Elektrotechnik.

Deshalb muss es im europäischen Interesse sein, zu beiden Staaten bzw. zu den von diesen Staaten dominierten Wirtschaftsräumen gute und stabile Beziehungen zu unterhalten. Dies bestätigt die vbw Studie [Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft](#). Im Szenario einer Blockbildung in der Weltwirtschaft würde die EU ökonomisch verlieren - sowohl wenn sie sich dem US-dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den chinesisch dominierten Block.

Die EU muss als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren und so der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Ziel muss es sein das globale Handels- und Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Die Bedeutung Europas als Absatzmarkt ist nach wie vor groß genug, um diese Rolle selbstbewusst ausüben zu können. So gehen jeweils rund 15 Prozent der US-Exporte und der chinesischen Ausfuhren in die EU. Dies zeigt, dass die EU nicht nur von China und den USA abhängig ist, sondern gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.

3.5 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden

Der gemeinsame Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten ist der Motor der europäischen Wirtschaft, Garant für Wohlstand und Stabilität sowie die Basis des Friedens in Europa. Er hat dazu beigetragen, EU-Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Außerdem sorgt er dafür, dass die EU, auf die rund 15 Prozent der weltweiten Handelsströme entfallen, als Handelsblock wahrgenommen wird und ihre Verhandlungsmacht ausschöpfen kann. Der EU-Binnenmarkt muss vollendet werden. Nur eine im Inneren geeinte Union kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten.

Es müssen noch etliche Hürden beseitigt werden, um die europäische Integration voranzubringen. Die von der EU-Kommission im Mai 2025 vorgestellte EU-Binnenmarkt-Strategie

ist daher zu begrüßen. Der internationale Währungsfonds schätzt in einer Studie, dass interne EU-Handelshemmnisse Zöllen von 44 Prozent für Waren und 110 Prozent für Dienstleistungen entsprechen.

- Ein digitaler Binnenmarkt ist notwendig, um erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle auch im größeren Maßstab zu entwickeln. Die ehrgeizige Digitale Agenda der EU mit zusätzlichen Investitionen in Informations- und Kommunikationsnetze sowie die Förderung einheitlicher Standards zur Cyber-Sicherheit ist zu begrüßen. Forschung und Entwicklung erfordern europäische Strategien. Es darf aber nicht zu Überregulierung und gesetzgeberischem Aktionismus kommen, vor allem im Umgang mit Daten und Algorithmen. Insofern sind der Data-Act und der AI-Act durchaus kritisch zu sehen. Bei der Umsetzung muss der Fokus stets darauf liegen, Innovationshemmnisse aufzuspüren und konsequent einzudämmen. Ziel sollten einheitliche, bürokratiearme und innovationsfördernde Regelungen und keine Fragmentierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten sein.
- Die Umsetzung und Digitalisierung des Energiebinnenmarkts müssen vorangetrieben werden. Im Rahmen des Green Deals und nun auch des Clean Industrial Deals müssen Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich miteinander verknüpft und die Wirtschaft im Transformationsprozess unterstützt werden. Unverzichtbar sind der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien sowie leistungsfähiger transeuropäischer Netze für Strom, Erdgas, Wasserstoff und CO₂, an die alle industriellen Schwerpunkte rechtzeitig angebunden werden. Auch der Ausbau der Telekommunikations- und Verkehrsnetze muss mit Hochdruck vorangebracht werden. Beim Aufbau der Infrastruktur für alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe müssen die Kräfte innerhalb der EU gebündelt werden.
- Eine weitere Stellschraube für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts ist die Neuausrichtung der Prioritäten der EU-Steuerpolitik. Dazu zählt zum einen der Verzicht auf die immer wiederkehrende Debatte neuer, regelmäßig mit marktschädlichen Lenkungszielen verbundener Steuerquellen für die EU. Zum anderen geht es um eine konsequente Abkehr von der Konzentration der letzten Jahre auf – längst weit überbordende – Missbrauchsbekämpfung. Stattdessen muss Steuerbürokratie konsequent abgebaut werden. Vor allem gilt es, steuerliche Hindernisse für innovativ und grenzüberschreitend tätige Unternehmen abzubauen und die EU im internationalen Steuerwettbewerb zu stärken.

3.6 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken

Um weiterhin von Freihandel und Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem eine starke Industrie. Wenn europäische Unternehmen auf den dynamisch wachsenden Märkten erfolgreich sein wollen, brauchen sie Standortbedingungen, die Investitionen, Innovationen und Wertschöpfung in Europa fördern.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Industrie als essenziellen Bestandteil der europäischen Wirtschaft sieht und mit dem Wettbewerbskompass eine wichtige Leitlinie für den Erfolg europäischer Wirtschaftspolitik in den

[Die Position der vbw](#)

nächsten Jahren geschaffen hat. Insbesondere der Clean Industrial Deal muss so ausgestaltet sein, dass er einen entscheidenden Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft leistet. Wir brauchen europäische Unternehmen, die nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Eine starke und wettbewerbsfähige Industrie trägt auch dazu bei, in kritischen Bereichen eine größere europäische Souveränität zu erreichen. Damit wollen wir uns aber nicht für eine protektionistische Politik aussprechen. Die Corona-Krise und der russische Angriffskrieg in der Ukraine haben jedoch die Verwundbarkeit globaler Lieferketten aufgedeckt. Die systemische Rivalität mit China sowie die protektionistische US-Zoll- und Handelspolitik haben die Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen.

Die entscheidenden Punkte einer europäischen Industriepolitik sind aus unserer Sicht:

- Weiterentwicklung des Binnenmarkts,
- Weitere Erleichterungen im Beihilferecht, um insbesondere auf Herausforderungen der Transformation und akute Krisensituationen bedarfsgerecht reagieren zu können,
- Abschluss weiterer Freihandels- und Investitionsabkommen,
- Weniger Bürokratie, intelligente Regulierung,
- Förderung von Schlüsseltechnologien und Unterstützung von länderübergreifenden Kooperationen,
- Berücksichtigung von Auswirkungen neuer Gesetzesinitiativen auf die Industrie.

Die vbw Studie [Folgen einer neuen Welt\(wirtschafts\)ordnung für Deutschland und Bayern](#) zeigt, dass Europa in der Lage ist, der sich ändernden Weltordnung wirksam zu begegnen und seine globale Position selbst zu bestimmen.

Ansprechpartner / Impressum

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2025